UTE GRABOWSKY

Kita-Kinder in Köln

BETREUUNGSGELD

Wachsender Widerstand

In der FDP formiert sich massiver Widerstand gegen das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld. Der Bund gebe bereits jetzt 200 Milliarden Euro für familienpolitische Leistungen aus, von denen niemand wisse, ob sie wirkten, heißt es in einer Erklärung des sogenannten Hannoveraner Kreises, einem Zusammenschluss liberaler Bildungspolitiker aus Bund und Ländern. Statt ein Betreuungsgeld einzuführen, solle lieber der Ausbau von Kindertagesstätten zügig vorangebracht werden. Der Koordinator des Kreises, der Bundestagsabgeordnete Patrick Meinhardt, forderte die Regierungskoalition auf, in dieser Frage umzudenken. „Es bringt nichts, jetzt noch eine neue Leistung einzuführen“, sagt Meinhardt, der bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion ist. „Solange wir nicht genügend Kita-Plätze haben, muss alles Geld dafür eingesetzt werden.“ Das Betreuungsgeld, das Eltern gezahlt werden soll, wenn sie für ihr Kind im zweiten und dritten Lebensjahr keinen öffentlich geförderten Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, kostet den Bund ab 2014 schätzungsweise eine Milliarde Euro pro Jahr.

HAUPTSTADTFLUGHAFEN

„Mit Transparenz hat das nichts zu tun“

Der Grünen-Abgeordnete Anton Hofreiter, 42, Vorsitzender des Bundestags-Verkehrsausschusses, über die Verantwortung des Aufsichtsrats für die Pannen beim Berliner Großflughafen

SPIEGEL: Der Aufsichtsrat der Berliner Flughafengesellschaft hatte klare Aussagen zum Eröffnungstermin des neuen Hauptstadt-Airports und zum Finanzierungskonzept versprochen. Geschehen ist nichts. Haben das Gremium und sein Vorsitzender, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, versagt?

Hofreiter: Alle Beteiligten wissen doch längst, dass der voreilig angekündigte März-Termin für die Eröffnung des Flughafens nicht mehr zu halten ist. Die technischen Probleme, vor allem beim Brandschutz, sind einfach noch nicht gelöst. Nur will das keiner so klar sagen, denn niemand weiß derzeit, wann der Flughafen betriebsbereit und genehmigungsfähig ist. Mit Transparenz hat das nichts zu tun, und für ein Gremium, in dem Regierungsvertreter sitzen, ist dieses Versteckspiel unerträglich.

SPIEGEL: CDU-Abgeordnete aus dem Bund und aus Brandenburg fordern den Rücktritt von Wowereit als Aufsichtsratsvorsitzenden.

Hofreiter: Wowereit hat sicherlich keine gute Figur gemacht. Er hat zu lange den unrealistischen und wohl auch bewusst geschönten Angaben der Geschäftsführung geglaubt und auch glauben wollen. Aber das gilt genauso für den Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck und den Vertreter des CSU-geführten Bundesverkehrsministeriums.

MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD

Hofreiter

SPIEGEL: Sind Politiker bei der Kontrolle eines Milliardenprojekts wie des Berliner Großflughafens überfordert?

Hofreiter: Das Problem ist ein anderes, ein strukturelles. Wir haben auch bei staatlichen Unternehmen in der Regel dieselben Personen als Gesellschaftervertreter und Aufsichtsräte. Das heißt, Wowereit, Platzeck und Verkehrsstaatssekretär Rainer Bomba kontrollieren sich bei der Flughafengesellschaft vor allem selbst. Das ist so, als würde eine Regierung nicht vom Parlament kontrolliert, sondern nur von den eigenen Kabinettsmitgliedern.

SPIEGEL: Wären unabhängige Fachleute die besseren Kontrolleure?

Hofreiter: Nicht unbedingt. Die Kontrolle staatlicher Unternehmen muss im Parlament stattfinden. Dafür ist es aber notwendig, dass die Abgeordneten umfassend informiert werden – auch über sogenannte Geschäftsgeheimnisse. Alle Unterlagen, die einem Aufsichtsrat und seinen Ausschüssen vorgelegt werden, müssen auch die Abgeordneten bekommen. Das gilt im Übrigen auch für den Staatskonzern Deutsche Bahn AG.

GRÜNE

Furcht vor Kampfabstimmung

Nach den Bewerbungen von Katrin Göring-Eckardt und Renate Künast um die Spitzenkandidatur für den Bundestagswahlkampf ist bei den Grünen ein Streit um die Kandidatenauswahl entbrannt. Der Bundesvorstand hatte im März beschlossen, dass die Grünen mit einer Doppelspitze in den Wahlkampf gehen; bei mehr als zwei ernstzunehmenden Bewerbungen sollte diese per Urwahl ermittelt werden. Bundestagsvize Göring-Eckardt und ihre Unterstützer vom Realoflügel wenden sich jetzt gegen dieses Verfahren. Um eine Urwahl zu vermeiden, wollen sie lieber die Doppelspitze auf ein „Spitzenteam“ ausweiten. Befürchtet wird vor allem, dass Göring-Eckardt bei einer Kampfabstimmung den Kandidaten der Parteilinken, Fraktionschef Jürgen Trittin und Parteichefin Claudia Roth, unterliegen könnte. Auch Parteiratsmitglied Volker Ratzmann plädiert für ein Spitzenteam: „Ich halte es nach wie vor für erstrebenswert, eine Urwahl überflüssig zu machen.“ Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Sven Lehmann warnt dagegen: „Hinterzimmerlösungen passen nicht zum grünen Anspruch von Basisdemokratie.“

HILGEMANN / DAVIDS

Göring-Eckardt